

# Bleibt alles beim Alten?

Südafrika nach den Wahlen

Henning Melber

*Südafrika, Wahlen, Parteien*

Am 7. Mai 2014 fanden die vierten demokratischen Wahlen seit 1994 für das nationale Parlament und die Provinzregierungen des Landes am Kap statt. Am 10. Mai wurden die offiziellen Wahlergebnisse bekannt gegeben. Auf den ersten Blick scheint alles fast beim Alten geblieben zu sein. Doch die Zahlen sollten nicht täuschen: Es tut sich was, und die Politik in Südafrika verheißt keinesfalls Langeweile.

In Südafrika entscheidet alleine die Zahl der Stimmen über die Mandatsverteilung. Eine Mindesthürde gibt es nicht. So konkurrierten 29 Parteien um die Wählergunst, von denen 13 genügend Stimmen erlangten, um ins Parlament zu kommen. Doch letztlich kommt es nur auf drei richtig an: Der African National Congress (ANC) wurde mit geringen Verlusten erneut bestätigt. 11,5 von 18,6 Millionen registrierten Wahlberechtigten gaben ihm ihre Stimmen. Das entsprach 62,15 Prozent und damit 249 der 400 Parlamentsitze. 4,1 Millionen stimmten für die Democratic Alliance (DA), die mit 22,23 Prozent (89 Sitzen) Gewinne verbuchte. Damit erhält sie wieder den Status der „official opposition“. Die neue Partei Economic Freedom Fighters (EFF) wurde mit 1,2 Millionen Stimmen (6,35 Prozent) drittstärkste Kraft.<sup>1</sup>

Dagegen versank der bei den Wahlen 2009 mit ähnlichem Erfolg wie die EFF gestartete Congress of the People (COPE) in der Bedeutungslosigkeit. Er wurde von frustrierten Anhänger Thabo Mbekis, die sich mit dessen Rivalen Jacob Zuma als neuem Präsidenten nicht anzufreunden vermochten, als Alternative aus der Taufe gehoben. Doch die Wahlergebnisse 2014 zeigten, dass dies als tragfähiges politisches Programm nicht reichte. Viele COPE-Stimmen scheinen in den Schoß des ANC zurückgekehrt zu sein, der dadurch Stimmverluste an die DA und insbesondere an die EFF wieder wettmachen konnte.



Dr. Henning Melber, geb. 1950, Senior Advisor (Director em.) der Dag-Hammarskjöld-Stiftung, Uppsala, Schweden, Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State, Bloemfontein, Südafrika. Henning.Melber@dhf.uu.se

1 Alle Wahlergebnisse unter: <http://www.elections.org.za/results/NPE2014/> (abgerufen am 01.06.2014).

Die von Mamphela Ramphela neu gegründete Partei Agang wird nur mit zwei Sitzen ins Parlament einziehen. Ramphela erhielt als frühere Aktivistin der Black-Consciousness-Bewegung, Rektorin der Universität Kapstadt und Direktorin der Weltbank erhebliche Aufmerksamkeit ob ihrer künftigen Rolle in der Politik. Unbedachte politische Manöver im Vorfeld der Wahlen unterminierten das Vertrauen der Wählerschaft. Nachdem sich Ramphela erst von der Parteivorsitzenden Helen Zille dazu verleiten ließ, für die DA als Präsidentschaftskandidatin nominiert zu werden, machte sie tags darauf einen Rückzieher. Damit war ihr Ruf endgültig ruiniert.

Obwohl dem United Democratic Movement (UDM) unter Bantu Holomisa, einer früheren politischen Abspaltung des ANC, die Bedeutungslosigkeit prognostiziert wurde, machte die Partei unerwartet einige Stimmen gut und bleibt weiterhin mit vier Mandaten präsent – ebenso viele wie die rechte weiße Freedom Front (VF), über die als chronische Randerscheinung keinerlei Aufhebens gemacht wurde. Beide reihten sich hinter den Zulu-Parteien Inkatha Freedom Party (IFP) und National Freedom Party (NFP), die dank der Stimmen in KwaZulu-Natal zehn bzw. sechs Sitze im Kapstädter Parlament haben, in die Rangordnung ein.



Gestärkt aus den Wahlen? Präsident Zuma

Für Verblüffung sorgte der African Independent Congress (AIC). So gut wie niemand kannte diese Partei, die auch im Wahlkampf nirgendwo in Erscheinung trat. Aber mit knapp 100.000 Stimmen und drei Mandaten verbuchte sie mehr Zuspruch als Agang und der traditionsreiche Pan African Congress (PAC), der mit 37.000 Stimmen gerade noch einen Parlamentssitz ergatterte. Die Azanian People's Organisation (AZAPO) ging sogar ganz leer aus. Die einzige Erklärung der konsternierten Beobachter für den Erfolg der Nobody-Partei war, dass diese auf dem alphabetisch gereihten Wahlzettel direkt über dem ANC aufgelistet war und aus Versehen gewählt wurde. Politik wird der AIC aber ebenso wie die anderen neun kleineren Parteien kaum gestalten können, obgleich es angesichts einer mangelnden Zweidrittelmehrheit des ANC mitunter zu Feilschereien kommen könnte, wenn eine Verfassungsänderung von diesem angestrebt wird.

### Sieg der Wähler?

Trotz all dieser Herausforderungen bewiesen die Wählerinnen und Wähler große demokratische Reife. Ist der eigentliche Sieger somit die Wählerschaft oder sind es sogar die Nichtwähler? Deren Zahl stieg in den vergangenen 20 Jahren um 16 Prozent. In Südafrika darf nur wählen, wer sich vorher in das Wahlregister der Wahlkommission eintragen lässt. Das verringert die Zahl der de facto Wahlberechtigten erheblich und lässt gemessen an der potenziellen Wählerschaft die Zahl der Nichtwähler deutlich steigen. Während sich 1999 noch 89,3 Prozent registrieren ließen, waren es 2014 nur knapp 60 Prozent der mittlerweile eigentlich über 31 Millionen Wahlberechtigten. Von diesen 18,65 Millionen registrierten Stimmberechtigten kamen nur drei Viertel zu den Urnen. Geschätzte zehn Millionen Wahlberechtigte insbesondere der jungen Generation, den „born frees“, ließen sich gar nicht registrieren. Welches Mandat vom Volk hat also der ANC, wenn über 40 Prozent von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen und damit genau besehen nur knapp mehr als 36 Prozent der insgesamt potenziell Wahlberechtigten für die Regierungspartei stimmten? Die „Vote No“-Kampagne frustrierter ehemaliger ANC-Aktivistinnen unter Führung des einstigen Ministers für innere Sicherheit Ronnie Kasrils hatte dazu aufgerufen, keiner Partei die Stimme zu geben. Sie verbuchte das Ergebnis als Erfolg, da nur vier Parteien im neuen Parlament mehr Stimmen hatten als

ungültig abgegebene Wahlzettel. Doch in der Parteienlandschaft hat das abgesehen von der Geburt der EFF nicht viel verändert.

### Wahlergebnisse für die Provinzen

Der ANC konnte seine Vormachtstellung mit einer absoluten Mehrheit in acht der neun Provinzen des Landes behalten. Doch in Gauteng, dem ökonomischen Zentrum des Landes, wurde es enger. Zwar gelang der DA nicht, den ANC abzulösen. Aber es gab Momente, als es just dann zu einem mehrstündigen Stillstand der Stimmauszählung kam, als der ANC knapp an die 50-Prozent-Marge rutschte. Nach Protesten der DA und der EFF schien sich die Lage zu beruhigen, obwohl auch ausgefüllte Wahlscheine, die in einem Park in Pretoria gefunden wurden, und Unstimmigkeiten in zwei Wahllokalen in Pretoria und Johannesburg ein Ärgernis waren. Zudem kam es in Gauteng zu kleineren Zwischenfällen, als ANC-Anhänger Busse der DA attackierten. Insgesamt jedoch waren die irregulären Vorkommnisse am Wahltag landesweit sehr gering.

Kleines Trostpflaster für die DA war nicht nur die deutliche Zunahme der Stimmen in Gauteng, die darauf schließen ließ, dass ihr dort erstmals auch nennenswerte Akzeptanz in der schwarzen Mittelschicht zuteil wurde. Auch deren Vormachtstellung im Western Cape wurde mit absoluter Mehrheit konsolidiert und Wahlergebnisse in den westlichen Teilen des Eastern Cape deuten an, dass es bei den Kommunalwahlen zu Verschiebungen im Machtverhältnis auf lokaler Ebene kommen könnte. In KwaZulu-Natal profitierte die DA von der Abspaltung der NFP von der IFP unter deren alterndem Autokraten Buthelezi. Damit konnte sich die DA als offizielle Opposition vor IFP und NFP an zweiter Stelle platzieren.

Die von Julius Malema und anderen aus dem ANC ausgeschlossenen ehemaligen Kadern der ANC-Jugendliga gegründete EFF hatte vor den Wahlen vollmundig erklärt, sie werde die politische Macht übernehmen. Heraus kamen Achtungserfolge, die zeigen, dass es auch radikaleres Potenzial gibt, das den Urnengang zugunsten einer Partei nicht verweigert. Unterstützer verschafften ihr nicht nur die Rolle als dritte Kraft im Parlament, sondern in den Provinzen Limpopo und Nord West den Status als offizielle Opposition. Ob das reichen wird, langfristig mehr als nur die „Eintagsfliege“ COPE zu werden, hängt nicht

nur von der eigenen Programmatik ab, sondern auch von Entwicklungen, die eine Neugründung einer linken Partei als Alternative zum ANC nicht ausschließen.

### Das neue Kabinett

Am 25. Mai gab Zuma sein neues Kabinett bekannt. Dessen Ernennung obliegt allein der Befugnis des Präsidenten. Bereits zu seinem Amtsantritt vor fünf Jahren deutlich erweitert, wurde es ein weiteres Mal um einige Ressorts aufgestockt. Die Kooptation und damit Integration verschiedener Elemente und Fraktionen innerhalb des ANC gehört zu den Talenten des Präsidenten, auch wenn dies kein Allheilmittel ist. Dessen innerparteiliche Unterstützung schien während seiner ersten Amtszeit deutliche Spuren des Verschleißes zu zeigen. Zu sehr gab er sich durch weitere Fälle von Korruption und Begünstigungen, zweifelhaften Verhaltensweisen und dubiosen Machenschaften als wenig staatsmännischer Charakter zu erkennen. Dass er anlässlich der öffentlichen Trauerfeier zu Ehren Mandelas im Dezember 2013 von der Menge im Stadion ausgebuht wurde, war Zeugnis seiner schwindenden Popularität.

Dass Cyril Ramaphosa in die neu geschaffene Position des stellvertretenden Präsidenten berufen wurde und damit beste Chancen auf die Nachfolge Zumas in fünf Jahren hat, zeigt die Entwicklungen des ANC in aller Nüchternheit. Als hoch geschätzter einstiger Vorsitzender der Minenarbeitergewerkschaft und Günstling Mandelas wechselte Ramaphosa nach kurzer politischer Karriere in die Privatwirtschaft und avancierte zu einem der mächtigsten Wirtschaftsbesitzer. Als vor mehr als zwei Jahren streikende Bergarbeiter der Platinminen bei Marikana von der Polizei im größten Massaker seit Sharpeville regelrecht hingerichtet wurden, hatte Ramaphosa als Anteilseigner in dem bestreikten Bergbaukonzern die drastischen Aktionen durch direkten persönlichen Einfluss mit zu verantworten. Seiner Rückkehr in die Politik stand dies nicht im Wege. Offen bleibt jedoch noch, wie viel tatsächliche Exekutivbefugnisse und damit Einflussmöglichkeiten Zuma seinem potenziellen Nachfolger zu Beginn seiner zweiten Amtszeit zugesteht.

Zwei andere Veränderungen sind beachtenswert: Pravin Gordhan, der als effizienter Technokrat das Wirtschaftsministerium leitete, wurde in ein neu geschaffenes Ressort mit geringer Relevanz



Weiterlesen:  
Regionalmacht Südafrika  
WeltTrends 92

abgeschoben. Zuvor wurde spekuliert, dass mit Tito Mboweni der frühere Leiter der Zentralbank in die Politik zurückkehrt und dieses Ressort kompetent übernimmt. Doch Mboweni erklärte Tage vorher, er habe keinerlei Ambitionen auf politische Ämter. Neuer Wirtschaftsminister wurde stattdessen ein unbeschriebenes Blatt zu einer Zeit, in der die krisenanfällige Ökonomie eine versierte staatliche Kompetenz nötig hätte. Möglicherweise ist das nur die Prélude zu einer Kompetenzverschiebung hin zu den Ministern im Büro des Präsidenten, die (inklusive Ramaphosa) zunehmend Verantwortung für die Wirtschaftspolitik übernehmen.

Zum anderen wurde ein neues Informationsministerium geschaffen, dessen Befugnisse nicht eindeutig festgelegt sind. Es steht zu vermuten, dass damit die Regierung die öffentliche Meinung deutlich stärker zu beeinflussen und zu kontrollieren versuchen wird, als sie dies – nicht zuletzt durch die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt SABC – ohnehin bereits tut (deren Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen war erschreckend einseitig). Nach der Verabschiedung eines neuen Informationsgesetzes im vergangenen Jahr, das fatal an die Zensur durch die Apartheidgesetze erinnert und kritischen Journalismus gefährdet, muss die Neugründung eines zweiten Ministeriums mit Informationszuständigkeiten als weiteres Instrument staatlicher Propaganda verstanden werden. Das verheißt nichts Gutes.

## Perspektiven

Präsident Zuma sollte sich seiner Macht nicht zu sicher sein, auch wenn ihm das Wahlergebnis eine Stärkung seiner angeschlagenen Position bescherte. Er wird diese nicht nur durch das neu berufene Kabinett zu wahren versuchen. Auch signalisierte er bereits, dass er das autonome und unliebsame Verfassungsgericht durch die Ernennung von Richtern zu besetzen gedenke, die keine potenziellen „troublemakers“ sind, wenn es um Klagen seiner Amtsführung oder andere verfassungsrechtlich strittige Regierungsangelegenheiten geht. Auch muss er sich während seiner zweiten Amtszeit dahin gehend absichern, dass seine Immunität auch danach gewahrt bleibt, da viele Unregelmäßigkeiten während seiner Präsidentschaft noch zu unliebsamen Folgen führen können.

Auch wenn der ANC seine relative Dominanz beibehalten hat, sind die Stimmengewinne für die DA und die EFF ein deutliches Signal für Veränderungen. Die EFF wird mit dem geschaffenen

parlamentarischen Forum versuchen, den Zuspruch bei frustrierten Arbeitern und Arbeitslosen auszubauen. Zudem könnte deren Rolle und Wirkungsgrad Hinweise darauf geben, welche Chancen eine neue linke Partei hätte. Jedenfalls hat der ANC, der meint, erfolgreich alle Skandale und internen Auseinandersetzungen überstanden zu haben, keinen Anlass zur Selbstgerechtigkeit. Die Opposition an der Basis ist radikaler als je zuvor. Zwar darf sich Südafrika angesichts der bemerkenswert friedlichen Durchführung der Wahlen rühmen, weiterhin zu den afrikanischen Demokratien mit Vorzeigecharakter zu gehören. Das kann jedoch nicht über große soziale Ungleichheiten und die Selbstbereicherung der alten und neuen Eliten hinwegtäuschen. Da die Wahlen keine Lösung der Probleme ergeben haben, sind diese dringlicher denn je und deren Lösung weiterhin in großer Ferne.

Der ANC hat keinen Grund zum Feiern. Der Wahlerfolg wird von der graduellen Erosion seiner Legitimität durch eine stärkere Opposition und die Zahl derjenigen, die sich den Wahlen verweigern, getrübt. Aber auch die DA kann sich nicht auf dem Stimmengewinn ausruhen. Sie ist weiterhin in der mehrheitlichen Wahrnehmung eine überwiegend weiß dominierte Partei geblieben. Das aktuelle Zerwürfnis der Vorsitzenden Helen Zille mit der als parlamentarische Oppositionsführerin aus dem Amt scheidenden und eine Auszeit nehmenden Lindiwe Mazibuko führt zur innerparteilichen Zerreißprobe und stellt die Frage, wer die Parteigeschicke in Zukunft bestimmen soll. Auch die EFF muss erst noch zeigen, wie sie sich zu positionieren gedenkt. Über deren zweifelhafter Galionsfigur Julius Malema hängt das Damoklesschwert eines gravierenden Steuervergehens, das den Mandatsentzug zur Folge haben könnte. Er ist deshalb erpressbar und hat bereits früher gezeigt, dass er vor Opportunismus keinesfalls gefeit ist.

So kann sich keine der wichtigen Parteien auf den Resultaten ausruhen und gelassen den kommenden fünf Jahren entgegenblicken. Das Wahlergebnis hat zugleich die tiefe Spaltung in der südafrikanischen Gesellschaft deutlicher zutage treten lassen. Aber die relative entspannte Lage am Wahltag grenzte vielerorts an partyähnliche Stimmungen oder ließ zumindest ein hohes Maß an Toleranz und Gelassenheit erkennen. Eine Atmosphäre, die auch während der Stimmauszählungen weitgehend anhielt. Sie zeigte, dass es die „Regenbognation“ trotz aller Gewitterwolken gibt. 🌍



Weiterlesen:  
Südafrika und die  
Fußball-WM  
WeltTrends 72